

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

46. Sitzung vom 6. März, 1 Uhr.

Die Beratung des Reichstags wird fortgesetzt.
Vgl. Abgebl. (Sog.): Ich muß die Frage des Post-
assistentenverbandes zurückfassen, weil der Staatssekretär
an seiner Auffassung mit einer Fortwärtigkeit festhält, die einer
besseren Sache würdig wäre. Ich stimme demjenigen bei, der
den Ansicht ist, daß der Beamten an seinen Staatsbürgerlichen
Rechten etwas einbüßen, allerdings würde ich es nicht für ein
Unheil, sondern für einen Gewinn ansehen, wenn die Beamten
auch vom politischen Rechte ausgeschlossen wären und sich nicht
das Vergnügen hätten, die Landräthe bei sich zu sehen.
Wohlwollig aber besetzt ein solches Gesetz nicht. Bei dem Post-
assistentenverbande handelt es sich um einen ganz unpolitischen
Veren.

Der Reichsminister der Regierung geht nicht zu weit, das Verhalten
der Beamten außerhalb des Dienstes, soweit es ein anständiges
ist, zu beschließen. Wenn man den anderen Beamten gestattet,
in das Land hinauszuwandern und politisch zu agitieren, so gegen
die Regierung, so darf man auch den unteren Beamten nicht
verbieten, einen Vereen beizutreten, zumal derselbe nur die
Erhebung der Lohn- und Gehaltsforderungen bezweckt. Der
Staatssekretär hat sich, trotzdem fast alle Redner sich gegen die
Wohlfahrt des Postassistentenverbandes ausgesprochen haben,
mit einer außerordentlichen Geschäftigkeit und Heftigkeit aus-
gesprochen. Es ist nicht Sache des Staatssekretärs, die Wohl-
mundigkeit über die Beamten dahin auszuüben, wie sie für sich
ausgehen. Sehr richtig! Der Staatssekretär hat die Wieder-
holte angegriffen. Aber es ist sehr verständlich, daß eine Klasse,
die mit wenig Mitteln ergründet ist, zunächst eines Zuspruchs
bedarf. Aber ungenügend sieht die Klasse nicht. Auch die Verwal-
tungsstellen sind mit Unrecht bemängelt worden. Unter denselben
finden sich nur 2400 M. Gehalt für den gewöhnlichen Amts-
beamten. Nicht die Beamten sind die Verursacher anderer Ver-
däule, die gleiche Zwecke verfolgt, von dem Weibden verlorben?
Man sollte in einer Resolution der Reichsversammlung das Mit-
trauen darüber ausdrücken, daß die Klagen des Reichstages
nicht berücksichtigt. Es giebt in der ganzen großen Staats-
verwaltung nur eine Klasse von Beamten, von der ungenügende
Dienstleistungen eine Zeit lang verlangt wird, das ist die Klasse
der. Die Polizeiverwaltung sollte aber alle Beamte genügend be-
zahlen. Das geschieht nicht mit den Postbeamten, und dieses
System führt dazu, daß Wohlgebillen aus Noth Unterabteilungen
sich zu schaffen kommen lassen, wie das in Elberfeld geschehen ist,
wo ein Gehalt verweigert worden ist wegen Unterabteilung und
dies hat ein Grundbesitzer der Unterabteilung.
Die Polizeiverwaltung treibt Lebensversicherung. Sie schafft
geringere Stellen, denen die Obliegenheiten höherer Beamten
übertragen werden. Man macht uns den Vorwurf, daß wir nach
den Wohlbeamten fahnen. Das thun wir nicht, sondern überlassen
es anderen Parteien.

Der Staatssekretär stimmt sich seiner großen Verehrten um das
Postwesen. Er hat nichts Neues eingeführt in die Polizeiverwaltung
und nur das Bewährte angenommen, was bereits in anderen
Staaten bestand. Wie lange Zeit dauert es, bis die Polizeiver-
waltung Änderungen aus dem Saule und dem Publikum
Zug leitet. Was um die fiskalischen Einmalen nicht zu
vermitteln, als was man macht, wobei ich der Staats-
sekretär der Erklärung der Geschäftsverhältnisse für einige
Biele. Deutlicher hat die Postisten und das Einheitsposten von
5 Kreuzern lange vor uns eingeführt. Dem Verlangen nach
Stärken, wie sie in Österreich bestehen, hat man auch nicht
mitgegeben. Die Folge davon ist, daß die hier bestehende
Wohlfühlbarkeit von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnt.
Auch eine Abnahme der Postleistungen ist durch den Staats-
sekretär sehr jetzt wiederholt. Was die Comptabilisten der
Postbeamten anbetrifft, so kann dieselbe bei uns ebenso gut
eingeführt werden wie in America und England. Viele Gehälter
sind auch in diese Comptabilisten abhängig von der Polizeiver-
waltung. Fürst diese die Comptabilisten ein, so können auch die Ge-
hälter Comptabilisten.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Wir haben niemals das
Recht für uns in Anspruch genommen, den Beitritt zum Post-
assistenten-Verbande zu verbieten. Man ist nicht in der Lage,
Fälle anzugehen, in denen wir ungesetzliche Maßnahmen getroffen
hätten. Bei einem Redner, der einen Betrag von 20 Millionen
jährlich umfaßt, müssen wir auf die Sicherheit des Saules und
daraus auch auf die Rückverhältnisse der Beamten achten, damit
diese nicht durch große Ausgaben zu unethischen Handlungen
verleitet werden. Die Herren urtheilen nach abstraktem Gefühl,
das sie Objektivität nennen, wir geben vor nach praktischen Er-
fahrungen. Wie treten für Gehaltsverbesserungen ein, wir haben
Vorschlagsentwürfe geschaffen, die, wie ich im Gegenlaufe zu
anderen Rednern hervorgehoben, gegenstandslos sind. Die
Kriminalität unter den Postbeamten weist immer häufigere
Ziffern auf, und das ist auf das gehobene soziale Niveau der
Postbeamten zurückzuführen.

Bei der Frage des Postassistentenverbandes handelt es sich vornehmlich
darum: Was dem eine solche Vereinigung geschaffen werden?
Das bekreuzen wir schon seit 20 Jahren fortgesetzt. Wir sind
für unsere Unterbeamten, die in außerordentlichen Fällen die
Schritte gewahren. Man sagt immer, die Postassistenten besitzen kein
ausreichendes Gehalt; sie besitzen überhaupt kein Gehalt, sondern
nur eine Beihilfe. In allen Zweigen der Staatsverwaltung haben
wir Leute, die ungenügend arbeiten müssen, wir nennen sie auf
deutsch Externen. Wir glauben, daß der Antrag im Reichstags nicht
von einem Unterbeamten herührt. Wenn in diesem Antrag die
geringe Höhe des Wohnungsgeldanspruches bemängelt wird, so ver-
steht man, daß es sich eben nur um einen Zusatz handelt und
nicht um einen vollwertigen Ersatz für die Wohnungsmiete.
Die Hälfte der Unterbeamten zahlt weniger als 300 Mark jähr-
lich Miete, von den übrigen vermischt die Hälfte einen ver-
hältnißmäßigen an Nicht-Familienangehörige, und das ist der
Grund, weswegen die Polizeiverwaltung dem Lou von Beamten-
familien freilich gegenübersteht. Lediglich stellt uns auch der
Grundlag: Communio mater rixarum.

Die Postisten sind allerdings von Deutscher etwas früher ein-
geführt worden, aber gemeinsam Beschluß der norddeutschen
Bundes und Österreichs. Unter Polizeiverwaltung ist seit 20 Jahren
ingehender fortgeschritten und in gleichem Schritte geht das
Wohlfühlen des Staatssekretärs für die Postbeamten. Das be-
weist auf das deutliche ein Dandob, den ein Oberpostdirektions-
sekretär nach fünfjähriger Dienstzeit bei seinem Wiederkommen
dem Amt überträgt und der sich in warmen Worten für das
Wohlfühlen des Staatssekretärs für seine Beamten und auf die
Wohlfühlbarkeit unserer Postbeamten ergeht.

Abg. Adr. (unf.) besagt, daß das Jahresabonnement für den
Fernsprecher mit den Worten aufgehoben sei. Es muß be-
kannt werden, daß der Staatssekretär sich auf den Standpunkt
des Privatunternehmens zu stellen gedenkt.

Abg. v. Stephan (unf.): Ich habe im Namen der ge-
samten Fraction geäußert, indem ich dem Staatssekretär den
für die Entschiedenheit ausdrückte, mit der er seine Politik ver-
folgt. Unsere Redner haben nur Kleinigkeiten anzuführen ge-
wollt. Wir sollten im Deutschen Reichstag stolz sein, daß wir
solche Männer wie den Staatssekretär v. Stephan haben. Ich
habe nicht eine Forderung der Polizeiverwaltung an Ungehörigen
der Sozialdemokratie, die immer den Reichstag mit ihren
Reden verunreinigen. Ich habe den Reichstag mit ihren
Reden gleichgestellt werden. (Sachen unf.) Gerade die
konkreten Bestimmungen sind durch den jetzigen Tarif be-
nach-

theiligt. Es heißt eine Rede auf die unzufriedensten Rednerungen
sehen, wenn man auf Rollen oder Steuerblätter diese Blätter vor
allen anderen Zeitungen begünstigt. Bei der Berliner Morgen-
zeitung liegt die Post 288,000 M. zu, eine Summe, die man als
ein Geschenk an den Redner bezeichnen kann. Im Ganzen liegt
die Postverwaltung 10 Mill. M. jährlich an der Zeitungsbeförderung
aus. Der Reichstag liegt gegen die Beamten freundlich
gesprochen. Die Landräthe, Regierungspräsidenten und Ober-
präsidenten leben es als ehrenbesugnis an, die Luziferblätter der
Herren Beal und Genossen zu erregen.

Abg. Volkraft (unf.): Ich bitte den Staatssekretär, wenn die
Konvention über die Postleistungengebühren antritt, auch die
Angehörigen des betreffenden Gewerbes heranzuziehen. Bezüglich
der Postleistungen liegt die Frage nicht so einfach. Der höhere
Postsekretär ist ein ganz anderer, als der gewöhnliche. Früher
waren die Staatssekretäre überlegen der Aufsicht der Sub-
alternen, während sie jetzt der Aufsicht zu einer höheren
Kategorie sind, so daß sich auch hier wieder meine Behauptung
bestätigt, daß die höheren Gehälter überlegen der von mir
sogenannten Postassistenten sind.

Dann muß ich noch einmal auf die Entlohnung des Staats-
sekretärs vom Freitag zurückkommen, worin er mir vorwarf, daß
meine Rede von Unrichtigkeiten wimmelte. Ich muß zunächst
dagegen protestieren, daß ich von Postbeamten als von Postleitern
gesprochen habe. Ich habe im Gegenteil behauptet, daß die
Postverwaltung unter dem Regime des Staatssekretärs so folgende
Dimensionen angenommen hat.

Bezüglich der Deutschen Verkehrszeitung habe ich nur gesagt,
daß amiliterischen Monumenten und Inschriften gefestmet worden
sind. Der Staatssekretär behauptet dem gegenüber, es sei nicht
eine einzige Inschrift vorhanden, die in der Verkehrszeitung
enthalten sei. Ich habe im Gegenteil behauptet, daß die
Postverwaltung unter dem Regime des Staatssekretärs so folgende
Dimensionen angenommen hat.

Endlich möchte es mir der Staatssekretär zum Vorwurf, ich
hätte bei meiner Kritik der Verwaltung der Kaiserliche Wähler-
situation darauf hingewiesen, daß nicht 100,000 M. und nicht
eine höhere Beamtenzahl vorhanden sind, sondern aus 30,000
Unterbeamten aus politischen Mitteln unterstützt worden sind.
Diese Ziffer ist gerade bezeichnend für die Situation der Beamten,
den die Beamten nicht genau und nur im äußersten Notfall
tun, wie sie wissen, daß die Traditionen im Beamtenum-
feld nicht zu ändern sind, man muß sich mit dem, was der
Staatssekretär wieder den Titel eines Verwaltungsleiters der
notleidenden Postbeamten als den Titel Staatssekretär im Reichs-
postamt verdient. (Beifall links.)

Direktor im Reichspostamt Fischer betont nochmals, daß die
Polizeiverwaltung keine Klasse für die Verkehrszeitung gemacht
habe. Der Herr Redner habe übrigens in seiner ersten Rede
wirklich den Beamten gesprochen, die man als Postleitern be-
zeichnen könne.

Abg. Adr. (Sog.): Herr Glöckler hat im Gegenlaufe zum Abg.
v. Schulten viele Ausführungen an der Polizeiverwaltung
gemacht. Er kennt eben die Verhältnisse besser als die anderen
Herren. Das Verfahren gegen den Assistentenverband hat nach
Herr Glöckler gegen den Reichstag werden nicht berechtigte
Beschwerden der Beamten hier zur Sprache bringen.

Abg. Dr. v. Marquardt (unf.): Bei allen Klagen über
Einschneiben soll man nicht das große Ganze vergessen, und daß
wir dem Staatssekretär zu großem Dank verpflichtet sind. Wir
müssen das anerkennen, trotzdem auch wir nicht das Vorgehen
gegen den Assistentenverband gut finden, sondern das Recht
des Staatssekretärs wieder den Titel eines Verwaltungsleiters der
notleidenden Postbeamten als den Titel Staatssekretär im Reichs-
postamt verdient. (Beifall links.)

Der Herr Reichspostamt Fischer betont nochmals, daß die
Polizeiverwaltung keine Klasse für die Verkehrszeitung gemacht
habe. Der Herr Redner habe übrigens in seiner ersten Rede
wirklich den Beamten gesprochen, die man als Postleitern be-
zeichnen könne.

Abg. Adr. (Sog.): Herr Glöckler hat im Gegenlaufe zum Abg.
v. Schulten viele Ausführungen an der Polizeiverwaltung
gemacht. Er kennt eben die Verhältnisse besser als die anderen
Herren. Das Verfahren gegen den Assistentenverband hat nach
Herr Glöckler gegen den Reichstag werden nicht berechtigte
Beschwerden der Beamten hier zur Sprache bringen.

Abg. Dr. v. Marquardt (unf.): Bei allen Klagen über
Einschneiben soll man nicht das große Ganze vergessen, und daß
wir dem Staatssekretär zu großem Dank verpflichtet sind. Wir
müssen das anerkennen, trotzdem auch wir nicht das Vorgehen
gegen den Assistentenverband gut finden, sondern das Recht
des Staatssekretärs wieder den Titel eines Verwaltungsleiters der
notleidenden Postbeamten als den Titel Staatssekretär im Reichs-
postamt verdient. (Beifall links.)

Der Herr Reichspostamt Fischer betont nochmals, daß die
Polizeiverwaltung keine Klasse für die Verkehrszeitung gemacht
habe. Der Herr Redner habe übrigens in seiner ersten Rede
wirklich den Beamten gesprochen, die man als Postleitern be-
zeichnen könne.

Abg. Adr. (Sog.): Herr Glöckler hat im Gegenlaufe zum Abg.
v. Schulten viele Ausführungen an der Polizeiverwaltung
gemacht. Er kennt eben die Verhältnisse besser als die anderen
Herren. Das Verfahren gegen den Assistentenverband hat nach
Herr Glöckler gegen den Reichstag werden nicht berechtigte
Beschwerden der Beamten hier zur Sprache bringen.

Abg. Dr. v. Marquardt (unf.): Bei allen Klagen über
Einschneiben soll man nicht das große Ganze vergessen, und daß
wir dem Staatssekretär zu großem Dank verpflichtet sind. Wir
müssen das anerkennen, trotzdem auch wir nicht das Vorgehen
gegen den Assistentenverband gut finden, sondern das Recht
des Staatssekretärs wieder den Titel eines Verwaltungsleiters der
notleidenden Postbeamten als den Titel Staatssekretär im Reichs-
postamt verdient. (Beifall links.)

Der Herr Reichspostamt Fischer betont nochmals, daß die
Polizeiverwaltung keine Klasse für die Verkehrszeitung gemacht
habe. Der Herr Redner habe übrigens in seiner ersten Rede
wirklich den Beamten gesprochen, die man als Postleitern be-
zeichnen könne.

Abg. Adr. (Sog.): Herr Glöckler hat im Gegenlaufe zum Abg.
v. Schulten viele Ausführungen an der Polizeiverwaltung
gemacht. Er kennt eben die Verhältnisse besser als die anderen
Herren. Das Verfahren gegen den Assistentenverband hat nach
Herr Glöckler gegen den Reichstag werden nicht berechtigte
Beschwerden der Beamten hier zur Sprache bringen.

Abg. Dr. v. Marquardt (unf.): Bei allen Klagen über
Einschneiben soll man nicht das große Ganze vergessen, und daß
wir dem Staatssekretär zu großem Dank verpflichtet sind. Wir
müssen das anerkennen, trotzdem auch wir nicht das Vorgehen
gegen den Assistentenverband gut finden, sondern das Recht
des Staatssekretärs wieder den Titel eines Verwaltungsleiters der
notleidenden Postbeamten als den Titel Staatssekretär im Reichs-
postamt verdient. (Beifall links.)

Der Herr Reichspostamt Fischer betont nochmals, daß die
Polizeiverwaltung keine Klasse für die Verkehrszeitung gemacht
habe. Der Herr Redner habe übrigens in seiner ersten Rede
wirklich den Beamten gesprochen, die man als Postleitern be-
zeichnen könne.

Abg. Adr. (Sog.): Herr Glöckler hat im Gegenlaufe zum Abg.
v. Schulten viele Ausführungen an der Polizeiverwaltung
gemacht. Er kennt eben die Verhältnisse besser als die anderen
Herren. Das Verfahren gegen den Assistentenverband hat nach
Herr Glöckler gegen den Reichstag werden nicht berechtigte
Beschwerden der Beamten hier zur Sprache bringen.

Abg. Dr. v. Marquardt (unf.): Bei allen Klagen über
Einschneiben soll man nicht das große Ganze vergessen, und daß
wir dem Staatssekretär zu großem Dank verpflichtet sind. Wir
müssen das anerkennen, trotzdem auch wir nicht das Vorgehen
gegen den Assistentenverband gut finden, sondern das Recht
des Staatssekretärs wieder den Titel eines Verwaltungsleiters der
notleidenden Postbeamten als den Titel Staatssekretär im Reichs-
postamt verdient. (Beifall links.)

Damit ist das Ordinarium erledigt, es folgt die Be-
ratung des Extraordinariums.
Von der Forderung der Vergrößerung des Postamtgebäudes
und zur Vertheilung eines neuen Postamtgebäudes in Wobda 222,790
Mark beantragt die Kommission 112,500 M. als je 100
M. Abg. Schumacher (unf.) befragt die Kommission über die
Vertheilung der Kosten. Ich habe die Vertheilung auf-
gehellte Projekt in Wobda nicht allgemeinen Besatz gefunden.
Nebst bittet den Staatssekretär, daß ein vollständiges Projekt
unter Berücksichtigung aller Wünsche vorzulegen.

Das Votum beschließt den Antrag der Kommission gemäß.
In dem Titel zu einem Erweiterungsbau des Reichs-Post-
amtes in Berlin bemerkt
Abg. Volkraft, daß das Säulenwerk der projektierten Ober-
lichthalle zu viel Mauerwerk enthalte, und bebauert, daß man
sich nicht an das klassische Vorbild des Hofhofes des Kunst-
gewerbemuseums gehalten habe.

Der Titel wird bewilligt.
Die Forderung für ein neues Dienstgebäude in Berle-
berg alte Mark 70,000 M. wird entsprechend dem Kommissions-
antrag abgelehnt.
Ebenso wird die Forderung zur Erwerbung eines Ban-
dloches für ein neues Dienstgebäude in Greifswald,
erle Mark 89,500 M. gemäß dem Kommissionsbeschlusse
abgelehnt.

Damit ist auch das Extraordinarium erledigt.
Der Etat der Reichsdruckerei wird definitiv ange-
nommen.
Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Marineetat).
Schluß 5/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abg. v. Schumacher (unf.)

Die Verhandlung des Reichstags wird fortgesetzt.
Abg. Schmidt (Eberfeld, unf.): Die Verhandlungen der
vorigen Sitzung haben uns ein merkwürdiges Bild gezeigt. Der
konservative Redner nahm eine feindselige Haltung gegen die
Sozialisten ein, während die liberale Partei sich für die Sozialisten
erhielt. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

Aber die Gelegenheit war die ungeschickteste. Ihre
arbeitserheblichen Vorkommnisse knüpfen an die Zeit an, wo die
Verhältnisse noch nicht so waren, wie der Reichstag sie im Jahre
1884 gemacht hat. Ich habe gegen ein seiner Partei im Reichstag angenom-
menes Gesetz ausgesprochen. Die konservative Partei hat in
letzter Zeit manchen Vorstoß gegen Regierung und Minister
unternommen, und so ist auch dieser Vorstoß nicht gegen die
Sozialpolitik, sondern gegen den Minister gerichtet, der bei dem
Zusatztritt der Regierung ein Minister gewesen ist. Ich
bin unzufrieden, daß die Interessenpolitik der Regierung sich
nicht mehr in ihrem Geleise bewegt.

